



Energiewende weltweit

Wie der deutsche Mittelstand vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren kann. **Mehr erfahren**



Editorial



Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie © Dominik Butzmann

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Energiewende verfolgen wir auch das Ziel, neue Technologien zu entwickeln, Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist uns in den vergangenen Jahren in großem Umfang gelungen. So sind inzwischen über 300.000 neue Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien in Deutschland entstanden.

Zum Vergleich: Der höchste Stand in der Kernenergie an Arbeitsplätzen waren etwa 30 000. Im Bereich erneuerbare Energien haben wir bis heute mehr als das Zehnfache dessen erreicht. Diese Arbeitsplätze liegen vor allem in ganz klassischen deutschen Industriefeldern: in der Elektrotechnik, im Stahl, im Maschinenbau, in der Kunststoffproduktion, in der Chemie. Deutschland ist für die Energiewende ein ausgesprochen gut ausgerüstetes Land, weil wir diese Industriestrukturen in unserem Land in großem Umfang haben.

Mehr noch. Ich bin davon überzeugt, dass wir teilweise sogar eine Reindustrialisierung in unserem Land schaffen werden. In den letzten 20, 30 Jahren sind im Norden Deutschlands in erheblichem Umfang Arbeitsplätze in klassischen Industrien wie Stahl oder Werften weggefallen. Mit der Entwicklung einer sehr spezialisierten Offshore-Windenergie entstehen derzeit an den deutschen Nordseeküsten diese alten Industrien neu.

All das zeigt: Die Energiewende in Deutschland bietet viele Chancen für innovative Unternehmen und schafft gute Arbeitsplätze in unserem Land.

Übrigens: In den letzten Tagen ist ja viel über angebliche Pläne von Energiekonzernen für eine "Bad Bank" für Atomkraftwerke berichtet worden. Mir liegt kein Konzept der Energiewirtschaft vor, sondern nur ein Zeitungsbericht und allgemeine Ankündigungen. Tatsache ist, dass die Konzerne verpflichtet sind, Rückstellungen für den Abriss von Atomkraftwerken und die Endlagerung des Atommülls zu machen. Nicht die Steuerzahler sind zur Entsorgung des Atommülls verpflichtet, sondern diejenigen, die Jahrzehnte viel Geld mit dem Betrieb von Atomkraftwerken verdient haben. Darauf werden wir gewiss nicht verzichten.

Ihr
Sigmar Gabriel

Energiewende weltweit

Wie der deutsche Mittelstand vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren kann.



© Simon Kraus / fotolia.com

Was haben Großbritannien, Marokko und Neuseeland gemeinsam? Sie alle setzen stark auf den Ausbau der Windenergie. Das ist nur ein Ergebnis von vielen aus einer neuen Studie der Germany Trade & Invest (GTAI). Die Studie zeigt, wie die untersuchten 69 Länder in Zukunft ihre Energieversorgung sicherstellen, wo sie investieren wollen und welche Chancen deutsche Unternehmen auf diesen Märkten haben. Die Untersuchungen bewerten dabei sowohl erneuerbare und konventionelle Stromerzeugung als auch lokale Fördersysteme, Netze und Speicher.

Erneuerbare Energien weltweit auf dem Vormarsch

Bei allen Unterschieden zwischen den Ländern stellt die Studie dabei zwei Gemeinsamkeiten fest: Erneuerbare Energien und der Ausbau der Netze spielen übergreifend eine wichtige Rolle. Grundlage dieser Trends ist die weltweit deutlich steigende Nachfrage nach Energie. Vor allem erneuerbare Energieträger stehen hoch im Kurs: Bis 2035 werden nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) insgesamt 77 Prozent mehr grüner Strom nachgefragt.

Chancen für den deutschen Mittelstand

Das sind gute Nachrichten für den deutschen Mittelstand, der hierzulande an der Umsetzung der Energiewende arbeitet. Deutsche Unternehmen verfügen über erhebliches Know-how, das weltweit gefragt ist. Nach Zahlen des Bundesumweltministeriums arbeiteten im Jahr 2012 rund 377.800 Menschen in Deutschland im Bereich erneuerbare Energien. Den höchsten Anteil daran haben Flächenländer wie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sowie Niedersachsen. Setzt man die regionalen Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten im Bundesland, so verschiebt sich die Rangfolge deutlich. Dann zeigt sich, dass erneuerbare Energien vor allem in kleinen Bundesländern wie Bremen und Thüringen ein wichtiger Arbeitsplatzfaktor sind.

Die Studie der GTAI unterstützt die Unternehmen hierzulande dabei, Marktchancen in internationalen Energiemärkten zu ergreifen. Germany Trade & Invest ist die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing. Die Gesellschaft vermarktet den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland im Ausland, informiert deutsche Unternehmen über Auslandsmärkte und begleitet ausländische Unternehmen bei der Ansiedlung in Deutschland. Studie und Länderprofile sind kostenlos auf der GTAI-Webseite verfügbar.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Zur GTAI-Länderstudie](#)

[\[→ Zur "Exportinitiative Erneuerbare Energien" des BMWi](#)

kontrovers

"Schafft die Energiewende Wachstum und Jobs in Deutschland?"

Zu dieser Frage äußern sich **Ulrike Lehr**, Leiterin des Bereichs Energie und Klima der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS), und **Prof. Hans-Werner Sinn**, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo).

ULRIKE LEHR



© GWS

Leiterin des Bereichs Energie und Klima der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS):

"Die Energiewende führt energieeffizientes Wirtschaften und den Umstieg auf erneuerbare Energien in einem global schnell wachsenden Bereich zusammen, in dem deutsche Unternehmen traditionell die Weltmärkte beliefern. Sie bietet mit ihren Zielen Orientierung für die strategische Planung, was erfahrungsgemäß das Investitionsklima gerade auch in Krisenzeiten verbessert.

Der Ausbau erneuerbarer Energien hat bereits in vielen Branchen zum Wachstum beigetragen, etwa in der Herstellung von Wechselrichtern, von Produktions- und Fertigungsanlagen oder von Windkraftanlagen. Der öffentlich viel diskutierte Einbruch bei der Herstellung von Solarmodulen wie bei traditionellen Stromanbietern verdeckt die Vielfalt dahinter. Neue Geschäftsmodelle zu Netzintegration zeigen ebenso die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wie das Interesse junger Leute sich in mehr als 140 Studiengängen die Technik und die Vermarktung erneuerbarer Energien als zukünftiges Berufsfeld anzueignen. Beides ist Voraussetzung für zukünftiges Wachstum und Beschäftigung.

Die Steigerung der Energieeffizienz lohnt sich vielfach wirtschaftlich, zumal sie die Importabhängigkeit verringert und Ressourcen spart. Viele internationale Organisationen bestätigen dies. Allerdings braucht sie teilweise zusätzliche Anreize, da sie sich für das kurzfristige unternehmerische Kalkül nicht immer schnell genug rentiert.

Die bisherigen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende sind in allen Untersuchungen, die auch die wirtschaftlichen Verflechtungen sehen und sich nicht auf eine Aufzählung von Einzelaspekten stützen, positiv bewertet worden. Ob die Energiewende auch in Zukunft Wachstum und Jobs in Deutschland schafft, hängt auch davon ab, wie ernst sie von Politik und Unternehmen genommen wird. Die Energiewende ist kein Wundermittel für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Wird sie für temporär gehalten, werden die wichtigen zukunftsweisenden Investitionen im Sinne der Energieeffizienz und des Umstiegs auf erneuerbare Energien ausbleiben. Wird sie kontinuierlich fortgesetzt, werden Wachstum und Beschäftigung langfristig gefördert."

PROF. HANS-WERNER SINN



© ifo Institut

Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo):

"Die Energiewende verlagert Kaufkraft aus den traditionellen Konsum- und Investitionsgüterbranchen in jene Branchen, die die Windturbinen, Solarpaneele und andere Gerätschaften, die für den alternativen Strom nötig sind, herstellen. Diese Verlagerung erzeugt trivialerweise brutto in den profitierenden Branchen Arbeitsplätze, doch heißt das natürlich nicht, dass sie netto solche Arbeitsplätze schafft, denn in den traditionellen Sektoren, aus denen die Kaufkraft abgezogen wird, gehen Arbeitsplätze verloren. Wer behauptet, dass netto Arbeitsplätze entstehen, muss nachweisen, dass die Kapitalintensität der Produktion in den neuen Sektoren kleiner ist als in den alten. Dafür gibt es keine Anhaltspunkte.

Im Übrigen gehört es zu der Perversion der öffentlichen Debatte, dass man es als Vorteil ansieht, wenn die Energieversorgung mit möglichst viel Arbeitseinsatz realisiert wird. Eine solche Aussage ist gleichbedeutend mit der Aussage, dass es ein Ziel des Staates sein sollte, teure Produktionswege zu bevorzugen. Wer das für richtig hält, sollte erst einmal die Rechnungshöfe abschaffen.

Auch die beliebte Behauptung, die Energiewende müsse öffentlich subventioniert werden, weil der deutschen Industrie dadurch neue Märkte erschlossen werden können, steht auf wackligen Beinen, weil sie unterstellt, der Staat könne die weltweite Marktentwicklung besser beurteilen als private Investoren. Da die Welt keinerlei Anstalten macht, der deutschen Energiewende zu folgen, sondern sich von ihr abwendet (Fracking, Wiedererstarben der Atomkraft in Schweden, Japan, Polen, Spanien etc.), zeigt sich der Prognosefehler schon jetzt."

In Wasserstoff "geparkt"

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel legt Grundstein für eine Forschungsanlage zur Wasserstoffherstellung und –speicherung im Energiepark Mainz. Das Pilotprojekt soll 2015 an den Start gehen.



© Stadtwerke Mainz AG

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien schwankt. Es gibt viele Stunden in denen Wind und Sonne deutlich mehr Strom erzeugen, als die Verbraucher in Deutschland gerade benötigen. Speicher könnten diese Schwankungen ausgleichen, doch viele Speicherarten und –technologien sind noch nicht ausgereift.

Die Bundesregierung unterstützt deshalb die Energieforschung in diesem Bereich mit einem Förderprogramm, der "Förderinitiative Energiespeicher". Ein Forschungsvorhaben, das von dieser Förderung profitiert, ist zum Beispiel der Energiepark Mainz.

Dort soll ab 2015 in einem Pilotprojekt Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wasserstoff umgewandelt und gespeichert werden. Er kann anschließend direkt ins Erdgasnetz eingespeist und zur Strom- oder Wärmeerzeugung genutzt oder durch die Belieferung von Wasserstoff-Tankstellen im Verkehrssektor eingesetzt werden.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat nun gemeinsam mit den Projektpartnern und dem Oberbürgermeister der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt, Michael Ebling, den Grundstein für die Forschungsanlage zur Wasserstoffherstellung und -speicherung gelegt. Er erklärte dabei: "Innovationen und moderne Energietechnologien sind der Schlüssel zur Energieversorgung der Zukunft. Daher müssen wir die Energieforschung als strategisches Element der Energiepolitik weiter entwickeln. Heute geben wir den Startschuss für eine innovative Speichertechnologie im Energiepark Mainz, die zu einem wichtigen Baustein der Energiewende werden kann. Wir brauchen mehr solcher Pilotprojekte, um die Chancen neuer Energietechnologien in Zukunft besser nutzen zu können."

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Zur Forschungsinitiative "Energiespeicher"\]](#)

[\[→ Zur BMWi-Themenseite "Energieforschung und Innovationen"\]](#)

Energieminister beraten über Energieversorgungssicherheit

Das Thema Energieversorgungssicherheit stand im Mittelpunkt der Beratungen der 28 Energieminister beim informellen Ratstreffen in Athen unter griechischer Ratspräsidentschaft.



Staatssekretär Rainer Baake, der Minister Gabriel in Athen vertreten hat: "Wir unterstützen das Anliegen insbesondere der ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten, die Gasversorgungssicherheit rasch zu verbessern. Hierzu gehören vor allem die Diversifizierung von Bezugsquellen und Transportrouten. Aus deutscher Sicht ist es allerdings auch wichtig, dass mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit mit der Klima- und Energiepolitik der Union von 2020 bis 2030 Hand in Hand gehen. Verbesserungen von Energieeffizienz und der Ausbau Erneuerbarer Energien senken die Nachfrage nach fossilen Energieträgern und schaffen Raum für volkswirtschaftlich produktive Investitionen, die mittel- und langfristig erhebliche Rendite abwerfen."

Die EU-Energieminister diskutierten vor allem über mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit in Europa. Dazu gehören zum Beispiel die Diversifizierung von Versorgungsquellen, Maßnahmen zur Energieeinsparung und der Ausbau Erneuerbarer Energien, die

weitere Verbesserung der Energieinfrastruktur in Europa und ein einheitliches Auftreten in der Energieaußenpolitik. Vor dem Hintergrund dieser Diskussion soll die Europäische Kommission Ende Mai eine EU-Strategie zur Energieversorgungssicherheit vorlegen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> Zur BMWi-Themenseite "Europäische Energiepolitik"](#)

[\[> Zur BMWi-Themenseite "Versorgungssicherheit"](#)

Gründerinnen und Gründer leisten Beitrag zur Energiewende

Eine neue Studie zu Unternehmensgründungen im Marktsegment "Erneuerbare Energienutzung" belegt eine hohe Gründungsdynamik: Die Zahl der Gründungen hat sich in den Jahren 2003 bis 2010 nahezu verdreifacht.



© Vonderlind / BMWi

Diese Gründungsdynamik wird insbesondere durch junge Unternehmen der Energieerzeugung getrieben. Die Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zeigt: Das Marktsegment "Erneuerbare Energienutzung" weist Merkmale eines jungen, zukunftsfähigen Marktes auf.

Weiterhin hat die Studie ergeben, dass die Start-ups in diesem Bereich häufig größer und mit mehr Mitarbeitern gründen, vor allem im Industrie- und Bausektor. Sie weisen zudem im Gründungsjahr ein höheres Umsatzniveau auf (114.000 Euro zu 87.000 Euro) und benötigen höhere Finanzierungsvolumina (64.000 Euro zu 45.000 Euro) als Unternehmen anderer Branchen.

Gleichzeitig zeichnen sich die Gründer durch eine höhere Innovationskraft aus: 32 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass sie in Forschung und Entwicklung investieren. Bei den jungen Unternehmen anderer Branchen sind es lediglich 28 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil in der Industrie: In diesem Sektor investieren ca. zwei Drittel der jungen Unternehmen (66 Prozent) in Forschung und Entwicklung.

Die starke Aktivität im Bereich Forschung und Entwicklung schlägt sich in einer hohen Anzahl von Patenten und Marktneuheiten nieder: So hatten dreimal so viele Unternehmen in diesem Bereich vor der Gründung ein Patent (18 Prozent) gegenüber anderen Branchen (6 Prozent). 36 Prozent der jungen Energie-Unternehmen konnten eine Marktneuheit vorweisen. Bei den Unternehmen anderer Branchen sind es dagegen lediglich 24 Prozent.

Staatssekretär Stefan Kapferer erklärte: „Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist eine große Aufgabe, die wir zum Erfolg führen wollen. Die Studie hat gezeigt, dass es erhebliche Gründungspotenziale im Umfeld der Energiewende gibt. Durch innovative Ideen und intelligente Lösungen entstehen viele neue Start-ups, die den Umbau der Energieversorgung in Deutschland voranbringen und so zum Gelingen der Energiewende beitragen können.“

Die Studie "[Potenziale und Hemmnisse von Unternehmensgründungen im Vollzug der Energiewende](#)" wurde erstellt vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit der E-Bridge Consulting GmbH und dem Verband der Vereine Creditreform.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ Zur Studie "Potenziale und Hemmnisse von Unternehmensgründungen im Vollzug der Energiewende"](#)
 - [\[→ Zur BMWi-Themenseite "Existenzgründung"](#)
-

Kompass für die Energiepolitik

Auf der Fachkonferenz "Smart Energy" in München diskutierten Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am 14. Mai über eine Roadmap für die Energiewende. Staatssekretär Beckmeyer erläuterte die Energiepolitik des Bundeswirtschaftsministeriums in einer Keynote.



Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten auf der Konferenz über die zukünftige Ausgestaltung der Energiewende. Dabei ging es in den einzelnen Workshops um so unterschiedliche Aspekte wie Regulierung, Geschäftsmodelle und die Verbindung von IKT mit der Energiewelt. Staatssekretär Beckmeyer eröffnete mit einer Keynote die Konferenz. Darin gab er einen Überblick über die aktuelle und zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik des Bundeswirtschaftsministeriums.

Zunächst sei das drängendste Projekt der aktuellen Legislaturperiode bereits auf dem Weg: die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Ziel der EEG-Novelle sei zum einen, den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent voranzutreiben. Zum anderen soll sie aber auch den Kostenanstieg bei den erneuerbaren Energien spürbar bremsen. Die EEG-Novelle befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren, das im Sommer abgeschlossen werden soll. Das reformierte EEG soll dann zum 1. August 2014 in Kraft treten.

Als wichtige Punkte der weiteren Energiepolitik der Bundesregierung griff er die Punkte Versorgungssicherheit, Netzausbau und intelligente Stromnetze heraus.

Notwendigkeit von Kapazitätsmärkten offen

Nach Aussage Beckmeyers unterliegt die konventionelle Stromerzeugung in Deutschland einem Strukturwandel. Einige Kraftwerke seien inzwischen nicht mehr rentabel. Dies läge unter anderem an Überkapazitäten im konventionellen Kraftwerksbereich und einem zunehmenden Angebot an Strom

aus erneuerbaren Energien. "Wir müssen einen Weg finden, dass dennoch genügend Anlagen erhalten bleiben und auch in neue Anlagen weiterhin investiert wird", so Beckmeyer. Hier werde derzeit zum Beispiel über die Einführung eines sogenannten Kapazitätsmechanismus diskutiert. Dabei würden konventionelle Kraftwerke auch für die Verfügbarkeit als Reserve bezahlt, nicht nur, wenn sie Strom ins Netz einspeisen. Ob ein solcher Mechanismus nötig ist, sei eine derzeit noch offene Frage. Wenn er gebraucht wird, dann müsse er in das Gesamtkonzept der Energiepolitik der Bundesregierung passen. Konkret: Ein solcher Kapazitätsmechanismus müsste mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze auf europäischer Ebene koordiniert werden. Außerdem müsse er die Ziele der Energiewende in Deutschland unterstützen.

Derzeit laufen verschiedene Studien, die diese Fragen näher untersuchen. Mit Ergebnissen wird noch in diesem Frühjahr gerechnet. Dabei ist auch zu prüfen, ob möglicherweise andere Lösungen als Kapazitätsmärkte gebraucht werden, beispielsweise eine Reservelösung.

Beim Netzausbau an einem Strang ziehen

Der Umbau der Stromversorgung verändert nicht nur die Kraftwerkslandschaft, sondern erfordert auch einen massiven Ausbau der Netze, so Beckmeyer weiter. Derzeit gäbe es bundesweit betrachtet ausreichende konventionelle Kraftwerkskapazitäten. Regional angespannt sei die Versorgungssituation aber in Süddeutschland. Das läge nicht an fehlenden Kraftwerken, sondern an fehlenden Leitungen, um den Strom von Norden nach Süden zu transportieren. Bund und Länder haben die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Übertragungsnetze in den vergangenen 2,5 Jahren erheblich verbessert. Bei der Umsetzung der geplanten Ausbauprojekte müssten jetzt aber alle Bundesländer an einem Strang ziehen, von Schleswig-Holstein bis nach Bayern.

Verlässliche Rahmenbedingungen für Smart Meter

Schließlich plane das Bundeswirtschaftsministerium noch in diesem Jahr die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für intelligente Verteilnetze und den Einsatz von Smart Metern. In den kommenden Monaten würden dazu Diskussionsentwürfe für ein Verordnungspaket zum sicheren Einsatz solcher "intelligenter Messsysteme" vorgelegt. Die Sicherstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Kosten und Nutzen stehe dabei besonders im Fokus.

In seinem Schlussstatement wies Staatssekretär Beckmeyer darauf hin, dass die Energiewende nur gemeinsam gelingen könne. Zwar habe die Bundesregierung eine gut gefüllte energiepolitische Agenda. Bei der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung einzelner Fragen komme es aber auf die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft an.

Organisiert wurde die Konferenz vom Münchner Kreis, einer gemeinnützigen Organisation an der Nahtstelle von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien. Der Münchner Kreis veranstaltet Konferenzen und Gesprächskreise. Die Arbeitsergebnisse werden publiziert.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> Zu den Vorträgen der Konferenz "Smart Energy" des Münchner Kreises](#)

[\[> Zur BMWi-Themenseite "Energiepolitik"](#)

EU fördert Ausbau der grenzüberschreitenden Energie-Infrastruktur

Die Europäische Kommission stellt über das Instrument "Europa verbinden" 750 Millionen Euro für grenzüberschreitende Projekte im Gas- und Stromsektor bereit. In Deutschland könnten über 20 Projekte davon profitieren.



© sp4764 / fotolia.com

Seit Anfang Mai können Anträge für die EU-Förderung eingereicht werden. Voraussetzung dafür ist, dass ein Projekt in der sogenannten Liste der "Vorhaben von gemeinsamem Interesse" aufgeführt ist. Dazu gehören Projekte, die mindestens zwei Mitgliedstaaten erhebliche Vorteile bringen, zudem die Energieversorgungssicherheit verbessern, die Marktintegration und den Wettbewerb verstärken und zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen führen.

Die erste Liste dieser Art wurde von der Kommission im Oktober 2013 angenommen. Sie enthält etwa 250 wichtige Energieinfrastrukturvorhaben, von Stromübertragungs- und Gasfernleitungen, über Stromspeicher bis zu innovativen Technologien wie der Druckluft-Stromspeicherung, unterirdischen Gasspeichern, LNG-Terminals und intelligenten Netzen. Die Liste wird alle zwei Jahre aktualisiert und um neue Projekte erweitert. Abgeschlossene Projekte werden von der Liste gestrichen.

Für jedes Bauvorhaben muss eine Entscheidung der zuständigen nationalen Regulierungsbehörden oder der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) über die grenzüberschreitende Kostenaufteilung vorliegen. Die Höhe der EU-Finanzierung darf grundsätzlich 50 Prozent der förderfähigen Kosten nicht überschreiten.

"Ein so großer EU-Zuschuss wird etwas Konkretes bewirken. Die derzeitige Krise in der Ukraine macht deutlich, wie wichtig der Ausbau der Energieinfrastruktur und die Einrichtung fehlender Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedstaaten sind, um die Energieversorgungssicherheit in der

EU zu verbessern. Grundsätzlich können die Mitgliedstaaten einander nur dann mit Energielieferungen aushelfen, wenn die Verbindungen zwischen ihnen funktionieren", erklärte EU-Energiekommissar Günther Oettinger.

Eine Modernisierung der Energieinfrastruktur sei zudem eine Voraussetzung für die Vollendung des Energiebinnenmarkts, von dem sowohl die Verbraucher als auch die Unternehmen in der EU profitieren würden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> Zur vollständigen Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse nach Mitgliedstaaten](#)

[\[> Zum Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für weitere Vorhaben](#)

Gut beraten geht ganz einfach

Mit der Verbesserung der Energieeffizienz lässt sich bares Geld sparen. Dabei helfen vom BMWi geförderte Angebote zur Energieberatung. Bei der Vor-Ort-Beratung in Wohngebäuden wurden nun die Bedingungen für eine Förderung gelockert.



© Ingo Bartussek / fotolia.com

Energieberatungen helfen, den Energiefressern in Wohngebäuden auf die Spur zu kommen. Viele Menschen nutzen bereits die vom BMWi geförderten Angebote, zu denen auch die Vor-Ort-Beratung für Hauseigentümer zählt. Künftig ist es noch einfacher, diese Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Bei einem energetischen Sanierungskonzept reicht es nun aus, wenn nur noch der erste

Sanierungsschritt nach einem der einschlägigen Bundesförderprogramme förderfähig ist. Im Beratungsbericht muss künftig nicht mehr dargestellt werden, wie sich die Inanspruchnahme der Förderung auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme auswirkt. Zudem ist es nun möglich, für die förderfähigen Beratungskosten nicht nur einen Zuschuss des Bundes sondern auch von Seiten der Bundesländer und Kommunen zu erhalten. Die persönliche Erläuterung des Beratungsberichts kann außerdem künftig auch telefonisch erfolgen.

Eine Vor-Ort-Beratung in einem Ein- bis Zweifamilienhaus wird seit dem 1. Juli 2012 mit einem Zuschuss bis zu 400 Euro gefördert, bei Wohngebäuden ab drei Wohneinheiten sind es maximal 500 Euro. Zusätzlich können eine Stromeinsparberatung mit 50 Euro und eine thermografische Untersuchung mit bis zu 100 Euro gefördert werden. Maximal werden 50 Prozent der Beratungskosten übernommen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Zur Themenseite "Vor-Ort-Beratung" der BAFA\]](#)

[\[→ Zur BMWi-Themenseite "Energieberatung und Förderung"\]](#)

Zitat der Woche



© Stiebel Eltron

"Die für die Energiewende zwingend notwendige Modernisierungsoffensive im Heizungskeller sorgt unmittelbar für Wachstum und neue Arbeitsplätze in Deutschland – auf Herstellerseite und erst recht im Handwerk."

Rudolf Sonnemann, Vorsitzender der Stiebel Eltron-Geschäftsführung

Pressestimmen

Die Energiewende und die aktuelle Reform des EEG sind weiter große Themen in den Medien. In unserer Rubrik "Pressestimmen" haben wir für Sie einige interessante Artikel dazu ausgewählt.



Frankfurter Zeitung Online, 19.05.2014: Grüner Schwede!

FAZ Online berichtet wie in Schweden ökologische Musterstädte entstehen, weil dort aus Sorge um die Umwelt und die Gesundheit ein radikales Umdenken stattgefunden hat. So wie in der Kleinstadt Väjö, die heute die "grünste Stadt Europas" sei.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/immobilien/leben-in-der-oekologischen-musterstadt-stockholm-12944550.html>

Westfälische Nachrichten Online, 18.05.2014: Gabriel lehnt Pläne der Energiekonzerne zum AKW-Abriss ab

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel lehnt, so die Westfälische Nachrichten Online, den Vorschlag mehrerer Energiekonzerne ab, den Abbau der Atomkraftwerke in Deutschland über eine öffentliche Stiftung zu finanzieren.

<http://www.wn.de/Welt/Politik/1564906-Energie-Gabriel-lehnt-Plaene-der-Energiekonzerne-zum-AKW-Abriss-ab>

Neue Zürcher Zeitung, 16.05.2014: Konflikt zwischen Schutz und Nutzung spitzt sich zu

Auch die Schweiz strebt in der Energiepolitik eine Wende an. Die Neue Zürcher Zeitung berichtet über mögliche Hürden auf dem Weg dahin.

<http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/konflikt-zwischen-schutz-und-nutzung-spitzt-sich-zu-1.18303682>

Der Tagesspiegel, 16.05.2014: Energiesparen bringt Riesenumsatz

Der Umsatz der Energieeffizienzbranche ist laut eines neuen Branchenmonitors im Vergleich zum

Vorjahr um elf Prozent auf 162 Milliarden Euro gestiegen, schreibt Der Tagesspiegel.

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/energiewende-energiesparen-bringt-riesenumsatz/9900472.html>

Wirtschafts Woche Online, 15.05.2014: Studie: Globale Energiewende spart 52.000.000.000.000 Euro bis 2050

Die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien und strengere Effizienzvorgaben beim Energieverbrauch von Gebäuden und Fahrzeugen lohnen sich. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der Internationalen Energieagentur (IEA) über die Wirtschafts Woche Online berichtet.

<http://green.wiwo.de/studie-globale-energiewende-spart-115-000-000-000-000-dollar-2050>

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Newsletter im PDF-Format

Laden Sie hier die aktuelle Newsletter-Ausgabe von "Energiewende direkt" als PDF-Datei herunter:

[Druckversion der Newsletter-Ausgabe 15 \(PDF, 759KB\)](#)

© 2019 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)

